Erst 1:12, dann 1:1!

Dr. Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater
Geschäftsführer Mediapolis AG, St.Gallen

Die Juso-Initiative zur Lohngerechtigkeit fordert eine maximale Entlöhnung von 12 x mehr als dem tiefsten Lohn im selben Unternehmen. Die Initiative wurde lanciert, weil exorbitante Saläre, horrende Bonus-Regelungen und goldene Fallschirme einzelner Manager für Schlagzeilen sorgten.

Utopie

Mit der Annahme der Abzocker-Initiative am 3. März bekam diese als utopisch erachtete Vorlage nun politischen Aufwind. Für die meisten Firmen und Betriebe spielt die 1:12-Regel gar keine Rolle. Doch in grösseren Unternehmen, so beispielsweise auch bei staatlichen oder staatsnahen Firmen, kommen solche Unterschiede dennoch vor.

Gerechtigkeit

Frage 1 lautet nun, ob ein Verhältnis von 1:12 oder mehr als ungerecht und unmoralisch anzusehen ist. Frage 2, ob der Staat sich in die Lohngestaltung von Unternehmen einmischen soll. Frage 3, ob wir mit der Vorlage allenfalls Vorteile erzielen könnten.

Markt statt Staat

Gerechtigkeit lässt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Es ist der Markt, der entscheidet, was angemessen und korrekt ist. Mit einer Einflussnahme des Staates werden Preise politisch gemessen und verfälscht. Dies kann weder national noch international ein Vorteil für unser Land sein. Im Gegenteil, hohe Einkommensbezüger werden Wege finden, wie sie ihre Löhne weiterhin erhalten. Sitzverlegungen, Firmensplittings, Auslagerungen, Neuanstellungen bieten schnelle und einfache Lösungen, die uns bezüglich Steuern, Sozialversicherungen und Arbeitsplätzen allen sehr wehtäten.

Postkommunismus?

Eine Annahme der Vorlage wäre der Einstieg in eine postkommunistische 1:1-Lohngesellschaft. Kaum etwas ist aber demotivierender als ein gleicher Lohn für alle, unabhängig davon, was die Menschen tun und leisten. Die Antwort auf die Volksinitiative 1:12 im November kann somit nur NEIN heissen.